

Treten Viola Amherd und Ignazio Cassis gemeinsam zurück?

Eine Frage verleiht dem langweiligen Politjahr 2025 wenigstens ein bisschen Spannung

CHRISTINA NEUHAUS

Am 8. Juni 2023 gab Alain Berset, damals noch Innenminister, Radio SRF ein Interview. Auf die Frage, ob er auch 2024 noch Bundesrat sein werde, sagte er, er habe wichtige Projekte, die bei weitem noch nicht zu Ende seien. Als der Journalist nachhakte, antwortete er: «Mein Ziel ist klar: Ich will auch danach weiterarbeiten und meine Dossiers vorantreiben. Ich bin ab 2023 der Älteste und gleichzeitig der Jüngste. Ich bin voller Energie und habe Lust, weiterzumachen.»

Der SRF-News-Kanal Swissinfo titelte darauf: «Alain Berset bekräftigt erneute Bundesratskandidatur im Dezember.» Der «Blick» schrieb: «Bundesrat Alain Berset hat noch nicht genug. Er will im Dezember zur Wiederwahl antreten.» Zwei Wochen später verkündete Berset an einer Medienkonferenz seinen Rücktritt auf Ende Jahr. Auf die erstaunte Frage einer Journalistin, weshalb er gesagt habe, er wolle weitermachen, antwortete er ungerührt, er habe nie gesagt, dass er sich zur Wiederwahl stellen werde. Die Journalisten hätten das halt so interpretiert.

«Ohrenbetäubendes Schweigen»

Am 30. Dezember 2024 hat auch Aussenminister Ignazio Cassis nach langem Schweigen wieder ein Zeitungsinterview gegeben: In den Portalen von Tamedia antwortete er auf die Frage, ob und mit welchem inneren Feuer er die Vorlage über das Vertragswerk mit der EU vertreten werde: «Wir haben ein starkes Ergebnis erzielt, das ich gerne vertreten werde. Auch die Kantone stehen dahinter. Jetzt wird es eine grosse Debatte geben, die über die rein wirtschaftlichen Aspekte hinausgeht und Identitätsfragen betrifft. Am Ende wird das Volk entscheiden.»

Immerhin sagt er nicht, er wolle weiterarbeiten, sei voller Energie und habe Lust, weiterzumachen. Doch die Antwort wirft eine Frage auf: Wie lange will er denn das erzielte Ergebnis als Bundesrat vertreten? Bis zur Paraphierung der Verträge im Frühjahr 2025? Bis der Bundesrat das ausformulierte Ergebnis im Frühsommer in der Vernehmlassung gibt? Bis die Vorlage danach ins Parlament kommt? Bis zur Urnenabstimmung, die frühestens 2027, eher aber 2028 stattfinden wird?

Ignazio Cassis, der nächstes Jahr das AHV-Alter erreicht, schweigt. An der Medienkonferenz vom 20. Dezember 2024, wo er gemeinsam mit Justizminister Beat Jans und Wirtschaftsminister Guy Parmelin das Ende der materiellen Verhandlungen verkündete, wirkte er fast niedergeschlagen. Allerdings meinten auch seine beiden Begleiter schon moderat beschwingten Eindruck. Wie überzeugt steht eigentlich der Gesamtbestand hinter dem erreichten Ergebnis?

Alt Bundesrätin Ruth Dreifuss scheint an der Überzeugung der Landesregierung zu zweifeln. In einem Interview mit der Westschweizer Zeitung «Le Temps» sagte sie kürzlich, der Bundesrat habe bereits mit «ohrenbetäubendem Schweigen»



Hinter ihnen die Politik, vor ihnen die grosse Freiheit? Viola Amherd und Ignazio Cassis an der Bürgerstock-Konferenz. P. LAUBNER/EDA

reagiert, als Botschafter Roberto Balzaretti im Mai 2021 versucht habe, der Öffentlichkeit die damaligen Verhandlungsergebnisse schmackhaft zu machen. Auch nach dem Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen habe das Gremium auffällig geschwiegen. «Seitdem», sagt Dreifuss, «habe ich vom Bundesrat nicht viel mehr gehört.»

Hat Ruth Dreifuss recht, und im Bundesrat herrscht tatsächlich maximale magistrale Unlust, erklärt sich auch Cassis' Zurückhaltung. Wie will er eine Vorlage durch das Parlament und eine Urnenabstimmung bringen, hinter der nicht einmal der Bundesrat mit Überzeugung steht? Politiker und Journalisten spekulieren deshalb seit längerem, dass Cassis sein Amt bald zur Verfügung stellen dürfte. Sobald das Vertragswerk im Parlament ist, könnte er guten Gewissens sagen, er habe die Verhandlungen zu einem Abschluss gebracht und könne nun gehen.

Angst um den zweiten FDP-Sitz

Doch es gibt ein Problem: Sobald Cassis zurücktritt, muss seine Partei, die FDP, um ihren zweiten Sitz bangen. Bei den Gesamterneuerungswahlen 2023 landete der Freisinn nur hauchdünn vor der Mitte. Über das in der Zauberformel festgeschriebene arithmetische Recht auf einen zweiten Sitz entschieden lediglich 0,2 Prozentpunkte. Es gilt: Wer sich zuerst bewegt, verliert. Geht Cassis alleine, werden mehrere Parteien versuchen, seinen Sitz anzugreifen, darunter wohl auch die Mitte.

Swiss-Flugbegleiter starb infolge Sauerstoffmangels

Neue Details zum Tod des Airline-Mitarbeiters nach der Notlandung in Graz werden bekannt

dfr. · Erstmals in der Geschichte der Swiss ist ein Crewmitglied infolge eines Einsatzes gestorben. Nun ist die Todesursache bei dem 23-jährigen Flugbegleiter bekannt, der nach einer Notlandung in Graz ins Spital eingeliefert wurde und am 30. Dezember verstarb.

Die Staatsanwaltschaft Graz hat gegenüber der «NZZ am Sonntag» mitgeteilt, dass der Mitarbeiter einen Hirnschaden infolge Sauerstoffmangels erlitten habe. Die toxikologischen Ergebnisse stünden noch aus. Es wird voraussichtlich mehrere Wochen dauern, bis die

Abklärungen abgeschlossen sind. Bekannt ist, dass auf dem Weg nach Bukarest auf dem Swiss-Flug ein Triebwerk ausgefallen und Rauch in die Kabine und ins Cockpit gedrungen ist. Darauf leitete der Pilot die Notlandung in Graz ein. An Bord befanden sich 74 Passagiere, 12 mussten medizinisch versorgt werden.

Mittlerweile befasst sich auch die Bundesanwaltschaft in der Schweiz mit dem Fall, wie die Tamedia-Zeitungen schreiben. «Zurzeit» führe man zwar keine Strafuntersuchung, sagt der Sprecher Matteo Cremaschi. Die Bundes-

Der Präsident Gerhard Pfister hat schon mehrfach durchblicken lassen, dass seine Partei Anspruch auf einen zweiten Bundesratsitz erhebt, wenn die FDP weiter schwächelt. An den Erneuerungswahlen Ende 2023 wurde Cassis zwar auf Anhieb wiedergewählt, doch verschiedene Mitte-Politiker machten klar, dass es sich um eine Schonfrist handelt. Der Bündner Ständerat Stefan Engler etwa sagte: «Falls Cassis während der Legislatur zurücktritt, muss unsere Partei antreten. Das schulden wir unseren Wählern.»

Bloss: Was passiert, wenn die FDP die Mitte bei den nächsten nationalen Wahlen im Jahr 2027 wieder stärker hinter sich lässt? Wie liesse sich unter solchen Umständen ein zweiter Bundesratsitz für die ehemalige CVP rechtfertigen? Ein Szenario, welches das Dilemma bei der Parteien lösen würde, wäre ein Doppelpäckchen. Denn auch Viola Amherd gilt als amtsmüde. Auf entsprechende Journalistenfragen reagiert sie zwar unwirsch («Sie müssen jetzt nicht jede Woche nachfragen»), doch in Bern dreht sich das Namenskussell der potenziellen Nachfolger schon seit Monaten.

An der Spitze der Parteien gibt man sich bedeckt. Gerhard Pfister hat das Thema Bundesrat schon lange nicht mehr angeschnitten, und der FDP-Präsident Thierry Burkart antwortete kürzlich in einem CH-Media-Interview ausweichend:

«Journalisten: Die Wahrscheinlichkeit, dass Ignazio Cassis 2028 noch im Amt ist, ist kleiner, als dass Sie dann Aussen-

minister sind. Dann müssten Sie zusammen mit dem Bundesratskollegen Gerhard Pfister – als Nachfolger von Viola Amherd – in die Volksabstimmung. Thierry Burkart: Jedes Bundesratsmitglied steht in der Pflicht, Entscheide des Bundesratsgremiums mit vollem Engagement zu vertreten.

Journalisten: Das ist wohl einfacher, als eine gespaltene FDP zu vertreten. Thierry Burkart: Es gibt Leute, die sagen: Parteipräsident ist der anspruchsvollere Job als Bundesrat. Ich kann das nicht beurteilen.»

Ob Cassis und Amherd wirklich zurücktreten und ob sie, wenn sie das tun, es gemeinsam machen, ist offen. Aber die Frage drängt sich auf, und sie verleiht dem Frühjahr 2025 wenigstens etwas Würze. Denn ausser der Debatte um das Resultat der Verhandlungen mit der EU wird im neuen Jahr nicht viel los sein: Am 9. Februar wird über die als aussichtslos geltende Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen abgestimmt; später folgt die Abstimmung über die im Dezember im Parlament beschlossene Objektsteuer auf Zweitliegenschaften.

Spannend wird es erst 2026 wieder. Dann kommen drei SVP-Initiativen vor Volk: die Neutralitätsinitiative, die Initiative zur Halbierung der SRG-Gebühren und die Volksinitiative gegen die 10-Millionen-Schweiz. Bundesräte wie Parteipräsidenten dürften sich dann das langweilige Politjahr 2025 zurückwünschen.

perverletzung. Gegenstände der Untersuchung sind die Ursachen und Auswirkungen der Rauchentwicklung in der Swiss-Maschine. Neben dem verstorbenen Flugbegleiter erlitt auch ein zweites Crewmitglied eine Rauchvergiftung. Im Fokus der Untersuchung sollen spezielle, nur für das Fluggesamt vorgesehene Masken stehen.

Der CEO der Swiss, Jens Fehlinger, sprach nach den Vorfällen von einem «schwarzen Tag». Er sagte, der verstorbene Mitarbeiter sei Teil der Swiss-Familie gewesen. «Wir sind tief bestürzt.»

Montag, 6. Januar 2025

Das Gespür der Schweiz für die Konflikte der Welt

Bisher gesperrte Dokumente zeigen, wie sich das Land 1994 positionierte

CHRISTOPH WEHRLI

Das Jahrzehnt nach der Auflösung der Sowjetunion und des Ostblocks war nicht so friedlich, wie es heute angesichts der Spannungen zwischen Grossmächten und des russischen Angriffs auf die Ukraine vergleichsweise erscheinen mag. Auswirkungen von Konflikten erreichten auch die Schweiz, wie es der neue Band der Diplomatischen Dokumente für das Jahr 1994 illustriert. In ihrer weiteren europäischen Nachbarschaft zerfiel der einst sozialistische jugoslawische Bundesstaat unter ethnisch geprägten Kriegen um Unabhängigkeit und Macht. Tausende von Flüchtlingen gelangen auch in die Schweiz, die bereits ein bedeutendes Ziel-land von Arbeitsmigranten geworden ist.

Solidarität und Vorsicht

Der Bundesrat reagiert mit Hilfe für Zufluchtstaaten im Westbalkan, aber auch mit Sonderregelungen für Kriegsflüchtlinge wie der vorläufigen Aufnahme von Menschen aus Bosnien als Gruppe. Gleichzeitig hält der Chef des Justiz- und Polizeidepartements, Arnold Koller, im Fall von Kosovo, wo der Konflikt erst später offen ausbrechen wird, an einer differenzierten Asylpolitik fest und lehnt einen generellen Rückschaffungsstopp ab – was in der ausserpolitischen Nationalratskommission auch bei Bürgerlichen auf Kritik stösst.

Belgrad, immer noch Herr über jene Provinz, verweigert abgewiesenen Asyl-suchenden allerdings die Einreise, und die Sache wird nicht einfacher dadurch, dass sich die Schweiz an den Wirtschafts-sanktionen der Uno gegen Serbien-Montenegro beteiligt. Die Visumperrre gegen den Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien-Montenegro), Zoran Ljilic, kommt das Bundesamt für Flüchtlinge «sehr teuer zu stehen», bemerkt dessen Direktor Urs Scheidegger an einer internen Sitzung. Einem Kritiker schreibt seitens des Aussendepartements Franz von Däniken, die Zwangsmassnahmen seien zwar erfahrungsgemäss eher unwirksam, aber vereinbar mit der Neutralität – einem in diesem Konflikt ohnehin unergiebiges Instrument.

Völkermord im Partnerland

Auch ein Gewaltausbruch in Afrika betrifft das Land. Rwanda, die kleine, hügelige, scheinbar stabile «afrikanische Schweiz», wo Armee, Milizen und zivile Täter 1994 Hunderttausende von Angehörigen der Tutsi-Minderheit ermorden, war seit 1963 ein vielversprechendes Schwerpunktland der Entwicklungszusammenarbeit. Die Hilfe, die sie während der internen Konflikte stärker auf die Förderung des Rechtsstaats ausgerichtet hatte, kann nur mit humanitären Notationen fortgeführt werden.

Die Gründe des jüngsten Kriegs stünden «in keinem Zusammenhang mit dem Inhalt der Entwicklungszusammenarbeit», beteuert die Deza als verantwortliche Direktion sogleich. Hatte sie aber nicht zu lange den Herrschenden vertraut, etwa indem sie dem Präsidenten bis 1992 einen persönlichen Schweizer Berater finanzierte? Risiken werde es immer geben, antwortet Aussenminister Flavio Cotti, als sein Kollege Adolf Ogi fragt, wie man diese besser erfassen könnte. Kritischer wird sich später Lukas Bärfuss in seinem Roman «Hundert Tage» mit dem Rwanda-Engagement befassen. Die offizielle Schweiz redet übrigens vorerst nicht von Genozid, sondern von Massakern oder «tragischen Vorgängen».

Neben dem Rückschlag in Rwanda sind in der Entwicklungspolitik auch gewisse Aufbrüche zu verzeichnen: die Verabschiedung des Leitbilds Nord-Süd, das für Kohärenz verschiedener Politikbereiche steht oder auch der Beginn der «Aufbauhilfe» in Palästina.

Sacha Zala (Forschungsleiter), Thomas Bürgisser (Redaktionsleiter) und Mitarbeitende: Diplomatishe Dokumente der Schweiz, Band 1994, Bern 2025. Gratis-Download: www.dodis.ch

Montag, 6. Januar 2025

Ein Theaterstück zeigt, wie man Cybermobbing an Schulen stoppen kann

Immer häufiger bedrohen Jugendliche andere über Instagram, Tiktok, Snapchat – in Zürcher Klassenzimmern wird das Thema aufgegriffen

ANDREA MARTI

«Du hässliche Schlampe. Stirb doch. Ich brech dir alle Knochen.»

Im Spätsommer 2017 blinken solche Nachrichten auf dem Handy der Oberstufenschülerin Céline Pfister aus Spreitenbach im Aargau auf.

«Ich mach dich fertig, du dreckige Bitch, ob yadchen wart nur ab.»

Es sind Kommentare auf Instagram, Nachrichten auf Whatsapp, Videos auf Snapchat. Die Drohungen sind das Letzte, was sie sieht, bevor sie einschläft. Und das Erste, wenn sie morgens aufwacht. Angefangen hat alles, als sich Céline verliebt hat. Das war im Frühjahr 2017, er war ein Junge mit zweifelhaftem Ruf. Ein «Fuck-boy», erzählte man sich an seiner Schule. Einer, der nur Sex wolle, ohne Rücksicht auf Gefühle. Doch Céline ignoriert die Warnungen. Sie schickt ihm Fotos. Keine erotischen, aber intime. Er schickt sie weiter, trotz dem Versprechen, das nicht zu tun. Die Fotos landen auf Snapchat, Instagram, Whatsapp. Überall. Was danach folgt, ist der Schweiz traurig im Gedächtnis geblieben: Céline wird so lange gemobbt, bis sie es nicht mehr aushält. Am 28. August 2017 nimmt sie sich das Leben. Sie wurde 13 Jahre alt.

Gravierende Folgen

Sieben Jahre nach Célines Tod, ein Freitag im November. Ein Schauspieler mit einer weissen Maske hält vor einer Schulklasse an der Kantonsschule Zürcher Oberland in Wetzikon mehrere A4-Blätter in die Höhe. Darauf sind die Nachrichten an Céline abgedruckt. Eine Schauspielerin macht mit den Schülern und Schülerinnen Selfies und tut, als würde sie diese auf Instagram hochladen. So, wie es Céline einst tat.

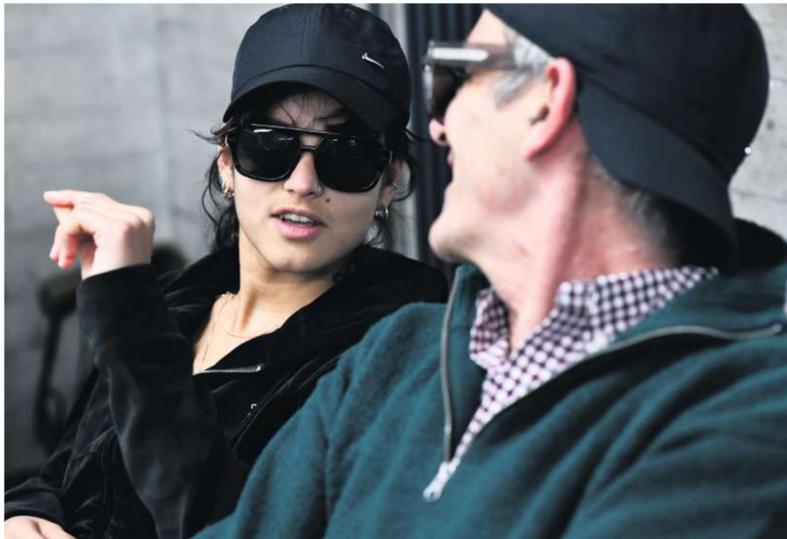
Die Szene ist Teil des Theaterstücks «#Byebitch», das Célines Geschichte nach-erzählt. Die Schauspieler arbeiten für das Schauspielhaus Zürich, aufgeführt wird das Stück aber in erster Linie in Schulzimmern. «#Byebitch» soll Jugendlichen begrifflich machen, dass eine Geschichte wie jene von Céline auch in ihrem Umfeld vorkommen könnte. An ihrer Schule, in ihrer Klasse. In ihrem Klassenzimmer. Denn «#Byebitch» erzählt nicht nur Célines Geschichte. Laut der James-Studie von 2024 geben ein Drittel der Jungen und Mädchen an, dass sie schon einmal im Internet beleidigt wurden. Ein Drittel der Jugendlichen wurde online schon mit sexuellen Absichten angesprochen. Und je mehr Jugendliche Handys benutzen, desto grösser wird das Risiko für Cybermobbing.

Cybermobbing lässt sich dabei nicht einfach von analogem Mobbing trennen. Oft werden Kinder und Jugendliche offline gemobbt, bevor sie auch im Internet bedroht und beleidigt werden. Christelle Schläpfer, psychosoziale Beraterin und Expertin für Mobbing, sagt: «Das digitale gibt dem analogen Mobbing eine zusätzliche Dimension.» Das Mobbing werde unablässig, es gebe keinen Feierabend, keine Ferien. Das Publikum werde unüberschaubar gross. «Digital können Mobber innert kürzester Zeit eine Katastrophe anrichten.» Während der Veranstaltung von «#Byebitch» werden Videos von Jugendlichen eingeblendet, die Cybermobbing erlebt haben.

Aufklärung wird Lebensaufgabe

Nach ihrem Tod wurde Céline von ihrer Mutter Nadya gefunden. Sie lag im Treppenhaus vor der Wohnung der Familie, als die Mutter von der Arbeit nach Hause kam. Das war um halb sechs Uhr abends. Nadya Pfisters Armbanduhr zeigt noch heute diese Zeit an. «Weil seither die Zeit stillsteht.» Nach Célines Suizid hat sich Nadya Pfister zusammen mit ihrem Mann Candid die Aufklärung über Cybermobbing zur Lebensaufgabe gemacht. Die beiden reisen durch die ganze Schweiz, halten Vorträge, geben Interviews. Und sie stossen auf grosses Interesse. Regelmässig müssen sie Anfragen ablehnen. Auch in «#Byebitch» haben die beiden mitgewirkt.

Neben ihrer Aufklärungsarbeit kämpfen die beiden für politische Veränderung: Sie wollen, dass ein Straftatbestand Cybermobbing eingeführt wird. Und sie fordern, dass Anbieter sozialer Netz-



Mira Guggenbühl spielt im Theaterstück «#Byebitch» Noe, die beste Freundin eines gemobbten Mädchens. ZOE AUBRY / SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

kann. Dann ist es sehr schwierig, die wieder aufzubauen.»

Die Klasse U2d wird ganz ruhig. Studien belegen, dass Hasskommentare online ebenso verletzen wie offline. Laut einer Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) werden vor allem Mädchen wütend, traurig oder ängstlich, wenn sie Hasskommentare lesen. Halten die Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen längere Zeit an, sind die Folgen in vielen Fällen gravierender. Viele Mobbingopfer entwickeln Angststörungen, Depressionen, chronischen Stress. Das Selbstwertgefühl leidet, es folgen schlechte Noten, soziale Isolation, Konzentrationsprobleme.

Ausgrenzung kann das Motivations-system beeinträchtigen. Jene Teile des Gehirns, die für Gedächtnis und Lernen zuständig sind, werden in Mitleidschaft gezogen. Christelle Schläpfer sagt: «Mobbing kann Spuren hinterlassen wie andere Traumata.» Manche Mobbingopfer entwickeln posttraumatische Belastungsstörungen. Wie Soldaten, die aus einem Krieg heimkehren. Selbst als Erwachsene sind ehemalige Mobbingopfer manchmal noch verunsichert. Studien zeigen, dass sie öfter an Schlafstörungen, Depressionen, Herzinfarkten leiden. Und dass sie eher Arbeitslos sind, einen tieferen Bildungsstand und instabilere Beziehungen haben als ihre Altersgenossen. Und: Im Vergleich zur Durchschnittsgesellschaft nehmen sie sich drei Mal so häufig das Leben. So wie Céline.

«Einer Jugendlichen zu sagen: 'Verschick halt keine Fotos', ist, als würde man einem Vergewaltigungsoffer sagen: 'Trag halt keinen kurzen Rock.'»

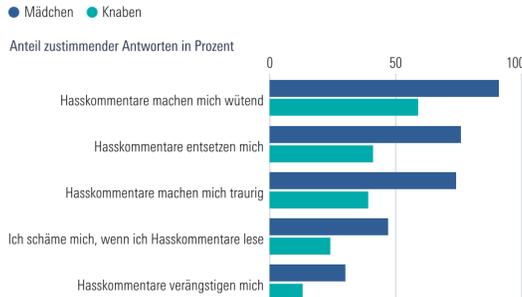
Christelle Schläpfer
Psychosoziale Beraterin
und Expertin für Mobbing

Der Straftatbestand Cybermobbing, den die Pfisters fordern, hat ein Gesetz in Österreich zum Vorbild. Dort ist Cybermobbing als Straftatbestand definiert, der von Amtes wegen verfolgt werden muss. In der Schweiz wird Cybermobbing heute eher verfolgt, wenn bei der Polizei Anzeige erstattet wird. Und auch dann wird nicht wegen Cybermobbing ermittelt, sondern beispielsweise wegen Drohung oder Verleumdung.

Das war auch bei den beiden Jugendlichen so, die Céline gemobbt haben. Sie wurden wegen versuchter Drohung, Nötigung sowie Beschimpfung schuldig gesprochen und jeweils zu wenigen Tagen gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Auf Tiktok, Instagram und Snapchat konnten sie danach weiter aktiv sein. Nadya Pfister sagt: «So ein mildes Urteil sendet

So reagieren die beiden Geschlechter auf Hasskommentare

Mädchen geben deutlich häufiger als Jungen an, dass Hasskommentare sie wütend machen. Auch schämen sich Mädchen eher als Jungen, wenn sie Hasskommentare lesen, und fühlen sich eher verängstigt (jeweils mittlere Effekte).



QUELLE: 2021 ZHAW MEDIENPSYCHOLOGIE

NZZ / nls

doch das Signal aus: Cybermobbing ist nicht so schlimm.» Die Pfisters könnten ihr Ziel, einen neuen Straftatbestand einzuführen, erreichen: Auf Betreiben der beiden hat die Aargauer SP-Nationalrätin Gabriela Suter eine parlamentarische Initiative eingereicht, die einen solchen Straftatbestand fordert. National- und Ständerat unterstützen das Anliegen, momentan debattiert die Rechtskommission des Nationalrats darüber.

Doch ein Straftatbestand richtet sich nur gegen Jugendliche, die selber aktiv gemobbt haben. Jene, die zuschauen, betrifft er nicht. Dabei könnten gerade sie Mobbing stoppen. Im Theaterstück «#Byebitch» steht deshalb das Umfeld des Opfers im Zentrum. «Sinnvolle Prävention stärkt die Zivilcourage des Umfelds», sagt Christelle Schläpfer. «Also derer, die danebenstehen und schweigen. Damit tatsächlich jemand einschreitet und sagt: Das geht so nicht.»

Geschichten, die das Opfer ins Zentrum geben, führen ausserdem oft zu einer Täter-Opfer-Umkehr: Mindestens implizit wird das Opfer dafür verantwortlich gemacht, dass es gemobbt wird. Dabei, sagt Christelle Schläpfer, sei das Opfer nie für das Mobbing verantwortlich. Egal, wie es sich verhalte. «Einer Jugendlichen zu sagen: 'Verschick halt keine Fotos', ist, als würde man einem Vergewaltigungsoffer sagen: 'Trag halt keinen kurzen Rock.'»

Auch Vorträge von Lehrpersonen über Cybermobbing seien die falsche Herangehensweise, um Cybermobbing zu verhindern. «Das Problem ist, dass die Jugendlichen nicht spüren, ab wann ein Kommentar einfach nicht mehr lustig ist», sagt Christelle Schläpfer. Um Mobbing zu verhindern, müssten die Jugendlichen emotional wahrnehmen, dass ihre Nachrichten Konsequenzen hätten. Christelle Schläpfer sagt: «Wirkungsvolle Mobbing-Prävention muss die Jugendlichen berühren.» Diese Dinge soll «#Byebitch» erreichen. 45 Klassen sind bereits für eine Aufführung angemeldet, weitere 250 stehen auf der Warteliste.

«Ganz viele Gefühle im Bauch»

Im Schulzimmer der U2d an der Kantonsschule in Wetzikon ist die Vorstellung zu Ende. Die Schüler machen eine kurze Pause, dann lassen sie das Stück gemeinsam Revue passieren. «Ich hatte so viele Gefühle im Bauch», sagt der 14-jährige Laurent im Gespräch mit der NZZ. Nora, ebenfalls 14 Jahre alt, sagt: «Ich hätte weinen können. Es ist so schlimm, zu was Menschen fähig sind.»

Die Schülerinnen und Schüler der Klasse U2d haben Célines Fall bereits vor der Aufführung von «#Byebitch» in der Klasse besprochen. Laurent sagt: «Ich will jetzt mehr darauf achten, was ich sage und wie andere sich dabei fühlen.» Remo fügt an: «Es ist wichtig, über Mobbing zu reden. Weil es Narben hinterlässt, die für immer bleiben.» Und Emily sagt: «Es ist wichtig, sich zu überlegen: Bin ich auch so ein Mensch? Habe ich schon einmal so etwas gemacht?»

Nach dem Stück unterhalten sich die Jugendlichen 20 Minuten lang über das Gesehene. Angeleitet werden sie dabei von den Schauspielerinnen des Stücks. «Afterglow» heisst diese Runde. Sie sorgt dafür, dass die Jugendlichen nicht alleine bleiben mit dem, was sie gesehen haben. Und besprechen können, was sie aufwühlt. «Man konnte sich ausleben, direkt aus dem Herz reden», sagt Jorel. «Das tat gut.» Genau deswegen wird «#Byebitch» im Klassenzimmer aufgeführt: Damit das Stück die Jugendlichen berührt, sie beschäftigt. Sie sollen begreifen, dass Célines Geschichte auch in ihrem Umfeld passieren könnte. Dass sie verantwortlich sind. Auch – oder: gerade eben – als Zuschauer.

Das Theaterstück «#Byebitch» wird regelmässig in Schulzimmern aufgeführt. Am 24., 26. und 27. Januar finden öffentlich zugängliche Vorstellungen im Schauspielhaus Zürich statt.